



## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Was kosten uns die Barone?

Eine Milliarde Defizit! — Vier Milliarden Vorbelastungen! — Erschütterung der Reichsfinanzen!

In ihrem Antrittsprogramm, in dem die Regierung Papen gegen den Wohlfahrtsstaat zu Felde zog und die sittlichen Grundlagen der Nation wiederherzustellen versprach, verhielt sie dem Volk auch eine Stärkung der erschütterten finanziellen Grundlage des Staates. Was ist aus diesen hochtönen Versprechungen geworden?

Den Abbau des Wohlfahrtsstaates hat die Regierung zwar gründlich besorgt, die Wiederherstellung der sittlichen Grundlagen der Nation hat sie offenbar durch ihren Zwickelertanz in die Wege geleitet. Aber wie steht es mit der Wiederherstellung geordneter Staatsfinanzen? Bei aller Kritik, die an der Politik der Regierung Brüning zu üben war, mußte man ihr doch das eine lassen: sie hat ihrer Nachfolgerin einen ausgeglichenen Reichshaushalt hinterlassen.

Wenn aber eine Regierung die finanzielle Grundlage des Staates erschüttert hat, dann ist es die Regierung Papen. Denn die Finanzpolitik, die sie treibt, ist eine ausgesprochene Politik des Abenteuerers, ein Ritt über den Bodensee!

Die Regierung stellt sich, als wäre der Haushalt des laufenden Rechnungsjahres in Ordnung. Man hört — zumindest vor dem 6. November — kein Wort über das drohende Defizit, man liest nur, daß die Kassenlage des Reiches bis jetzt ausgeglichen, eine Vermehrung seiner schwebenden Schulden bis jetzt nicht eingetreten ist. Es wird aber verschwiegen, daß die zweite Hälfte des laufenden Rechnungsjahres zwangsläufig einen ganz anderen Verlauf nehmen müssen als die erste Hälfte, daß sich dann die Rückgänge der Steuereinnahmen in einem gewaltigen Defizit werden auswirken müssen.

Schon jetzt läßt sich das Defizit des Reiches — unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß das Reich den Ländern ihre Ausfälle an Ueberweisungssteuern erstattet, weil die Länder und Gemeinden sonst zusammenbrechen müssen — für das laufende Rechnungsjahr auf mehr als eine Milliarde Mark schätzen.

Dabei ist diese Schätzung nicht oberflächlich, sondern sehr sorgfältig durchgerechnet und auf optimistischen Erwartungen über den Wirtschaftsverlauf im kommenden Winterhalbjahr aufgebaut.

Wie fragen: Wann gedenkt die Regierung dem Volk den reinen Wein über die Finanzlage einzuschenken, und was gedenkt sie zur Deckung des Defizits zu tun?

Oder will sie das Milliardendefizit genau so als Ballast für ihren Ritt über den Bodensee mitschleppen wie den noch größeren Milliardenballast der Vorbelastungen der zukünftigen Reichshaushalte?

Dieses Kapitel der Vorbelastungen ist womöglich noch trüber als das des Defizits des laufenden Jahres. Eine genaue Durchrechnung aller Vorbelastungen, die den Reichshaushalten der nächsten Jahre in den verschiedensten Formen — Steuergutscheine, Schah-anweisungen, private Wechsel, die später vom Reich eingelöst werden müssen — bis jetzt auferlegt wurden, kommt zu der erschreckenden Ziffer von rund 3,3 Milliarden oder, wenn man annimmt, daß die Steuergutscheine in ihrer vollen Höhe in Anspruch genommen werden (sogar 3,8 Milliarden).

also nahezu 4 Milliarden Mark.

Wie viele von diesen Vorbelastungen sich durch Rückzahlungen der eigentlichen Schuldner, zu

deren Gunsten die Schah-anweisungen ausgegeben werden, erledigen werden, läßt sich natürlich noch nicht abschätzen. Jedenfalls aber steht schon jetzt fest, daß die Reichshaushalte der nächsten Jahre heute schon mit vielen hunderten Millionen in jedem Jahr vorbelastet sind.

Diese furchtbaren Lasten werden getragen werden müssen, gleichgültig, ob die Konjunktur gut oder schlecht sein wird, oder ob wir gar unter einer ähnlichen Krise wie heute leiden werden, die die Herausholung solcher Beträge aus der Volkswirtschaft natürlich unmöglich machen würde.

Uebersichtlich noch zu erwähnen, daß diese Vorbelastungen zu 100 Proz. reine Subventionen an die verschiedensten Wirtschaftszweige,

zu allermeist an die Privatindustrie, die Banken und die Landwirtschaft, darstellen. Daß aber die Wirtschaft durch diesen Milliardenregen angepöbelt worden wäre, davon hat man bisher beim besten Willen nichts zu verspüren bekommen.

So sieht in Wirklichkeit die Wiederherstellung der finanziellen Grundlage des Staates aus, die die grundsätzlich neue Staatsführung der Regierung Papen dem deutschen Volke versprach. Es ist eine Finanzpolitik des politischen Abenteurers, die sich auszeichnet in die Linie der Gesamtpolitik dieser von den Nazis in den Sattel gehobenen Regierung einfügt!

Der Bannstrahl gegen den „Wohlfahrtsstaat“ und diese Finanzpolitik — das ist das Kabinett der Barone!

Gebt ihm am 6. November die Cuittung! Wählt Liste 2!

# Die Aushöhlung Preußens

Die Haftung der rechtmäßigen Staatsregierung

Zu den „Ministerernennungen“ durch Papen nimmt man innerhalb der rechtmäßigen preußischen Staatsregierung etwa folgende Stellung ein:

Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reiches. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltsmäßigen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der preußischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preußischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden. Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entsendung des Staatsgerichtshofes nicht in Einklang steht.

In der Ernennung von Herrn Popih wird man eine gewisse Abkehr der Reichsregierung von der bisherigen Verurteilung der früheren Finanzgebarung des Reiches zu erblicken haben, an der Herr Popih, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929, als maßgebender Fachberater mitgewirkt hat.

## Verfassungsausschuß des Reichsrats am 3. November

Die preußische Staatsregierung Braun hat der Absicht der Reichsregierung, den Reichsrat erst in den nächsten Wochen zusammentreten zu lassen, widersprochen. Auf ihren Antrag ist nunmehr eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung bereits auf Donnerstag, den 3. November, anberaumt worden, um die durch das dreimonatige Ruhen aller Sitzungen entstandene Geschäftslage zu besprechen und die weiteren Sitzungen vorzubereiten.

## Protest aus Württemberg

Stuttgart, 31. Oktober.  
Im Württembergischen Landtag hat Abg. Keil (Soz.) folgende Anfrage an die württembergische Regierung gerichtet:  
„Nach Berichten der Presse beabsichtigt die Reichsregierung, Reichsminister ohne Parteizugehörigkeit ernennen zu lassen und ihnen im Verordnungs-

wege die kommissarische Verwaltung preussischer Ministerien zu übertragen.“

Ist das Staatsministerium bereit, diesem Plan, der grundlegende Vorschriften der Reichsverfassung außer acht lassen und eine tiefgreifende Kräfteverschiebung zum Nachteil der Länder im Gefolge haben würde, mit allem Nachdruck entgegenzutreten?“

## Eine Frage an die Post

Freiherr Eltz

von Rübenach gegen Friedrich Ebert

Der Reichspostminister im Kabinett der Barone heißt Freiherr Ely von Rübenach. Seit der edle Herr im Amt ist, sind Serien neuer Briefmarken mit bunten Bildern erschienen. Was ist der Zweck der Uebung?

Wir fragen: Ist es richtig, daß die Briefmarken mit dem Bilde Friedrich Eberts nicht mehr aufgelegt werden?

Ist es richtig, daß der edle Herr von Rübenach durch eine entsprechende Anordnung seine Abneigung gegen den ersten Präsidenten der Republik dokumentiert hat?

## Befürchtete Oppositionsreden

Warnung zum Sowjetfest

Im Moskauer Rundfunk verkündete ein Mitglied der bolschewistischen Parteileitung Richtlinien für die Feiern zum 1. November. Man scheint zu befürchten, daß in der Provinz bei den Feiern auch Oppositionelle zu Worte kommen könnten, denn der Parteifunk befiehlt, daß die Auswahl der Festsprecher mit größter Vorsicht zu erfolgen habe. Opportunisten und Oppositionelle dürften auch nicht in der kleinsten Versammlung zu Worte kommen.

# Arbeiterportler!

Wir alle stimmen für Liste 2!

Von Robert Oehlschlager

Bierzig Jahre sind verfloßen, seit 1892 am 26. Juni der erste Schritt zur Gründung der heutigen Arbeiterportbewegung getan wurde.

Wir wollen hier nicht über die kleinlichen und auch großen Schikanen schreiben, die das Deutschland „Wilhelms von Doorn“ über die aufkommende Arbeiterportbewegung in reichlichem Maße ausschüttete. Sie verfehlten ihre Wirkung. Die Arbeiterportbewegung wuchs und wurde stark.

Als nach dem Kriege das monarchistische „System“ in die Brüche ging und aus Deutschland eine Republik wurde, bekam die Arbeiterportbewegung mehr Ellenbogenfreiheit. Dazu kam eine Umstellung des Turnens auf Sport und Spiel. Aus den Hallen ging es hinaus ins Freie. Sportplätze wurden geschaffen. Sport- und Spielvereine schossen wie Pilze aus der Erde. Die Organisationen der Arbeiterschwimmer und -ruderer verschmolzen sich mit dem „Arbeiter-Turnerbund“, der auch schon das Fußballspiel mit übernommen hatte. Aus dem Arbeiter-Turner- und Sportbund wurde jetzt der „Arbeiter-Turn- und Sportbund“, der heute weit über 7000 Vereine mit über 732 000 Mitgliedern zählt. Er ist die größte Sportorganisation der werktätigen Bevölkerung der Deutschen Republik. Sein Vorsitzender, Cornelius Gelleri-Leipzig ist wieder als Reichstagskandidat der Sozialdemokratischen Partei für die kommende Reichstagswahl am 6. November d. J. aufgestellt worden.

Aber der ATSB ist nicht etwa die einzige Sportorganisation der Arbeiter in Deutschland.

Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, gegründet am 24. Mai 1896, mit dem Sitz in Offenbach a. M., hat eigene Fabrikanlagen zur Herstellung der Fahr- und Motorräder. Er ist mit über 5000 Ortsgruppen und 350 000 Mitgliedern zur Zeit die größte Radportorganisation der Welt.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, gegründet am 16. September 1895 in Wien, ist die internationale Organisation der Arbeiter in Hochtouristik und Flachlandwandern. Er zählt im deutschen Gebiet 1030 Ortsgruppen mit über 80 000 Mitgliedern.

Der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands, gegründet am 25. Dezember 1906 in Berlin zählt in ungefähr 1200 Vereinen etwas über 60 000 Mitglieder.

Der Freie Seglerbund, gegründet am 10. Oktober 1901 in Berlin, zählt in 50 Vereinen etwas über 2500 Mitglieder. Der größte Teil seiner Boote, unter denen sich wahre Kunstwerke befinden, ist von den Mitgliedern in mühsamer Arbeit selbst hergestellt worden.

Auch der geistige Sport hat in der Arbeiterschaft ein Unterkommen gefunden.

Der Deutsche Arbeiter-Schachbund, gegründet am 7. April 1912 in Nürnberg, zählt in 450 Vereinen ungefähr 10 000 Mitglieder. Die Mitglieder erhalten

# Große Wahlkündgebung

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72.  
Redner: Artur Crispian, Tony Sender, Otto Bauer.  
Kasseneröffnung 17 Uhr. Kasseneröffnung 17 Uhr.

In jedem Monat obligatorisch eine vom Bund herausgegebene, sehr gute Schachzeitschrift.

Wer sich rein sportlich nicht betätigen kann oder mag, findet im Verband Volks-gesundheit, gegründet am 12. November 1890 in Leipzig, eine reiche Tätigkeit in Licht-, Luft- und Sonnenbädern, Schrebergärten, Naturheil-, Biochemie- und Homöopathievereinen. Dieser Verband zählt in 125 Vereinen ungefähr 20 000 Mitglieder.

Der Arbeiter-Schützenbund, gegründet 1920 in Braunschweig, mit 400 Vereinen und etwas über 6000 Mitgliedern übt das Kleinkaliber-, Pistolen-, Bogen- und Armbrustschießen.

Der Arbeiter-Reglerbund, gegründet 1924 in Berlin, hat in dankenswerter Weise das regelrechte Sportregeln in der Arbeiterschaft eingeführt. Der Bund zählt in 800 Vereinen rund 10 000 Mitglieder.

Der Arbeiter-Anglerbund, gegründet 1921 in Berlin, mit 180 Vereinen und über 7000 Mitgliedern, ist die Organisation, die in der Arbeiterschaft ein sport- und weidgerechtes Fischen lehrt.

Als letzte, aber nicht etwa geringste Organisation kommt der allen deutschen Arbeitern rühmlichst bekannte Arbeiter-Samariterbund. Er, der so oft schon helfend bei großen und auch bei kleinen Unglücksfällen eingriff, ist 1909 in Magdeburg gegründet worden. Er zählt zur Zeit 1220 Kolonnen mit rund 50 000 Mitgliedern.

Diese 11 Verbände mit ihren 17450 Vereinen und 1327 000 Mitgliedern, in der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege zusammengeschlossen, sind die Arbeitersportbewegung Deutschlands. Diese Arbeitersportbewegung gehört zur „Eisernen Front“. Ist eiserner Bestand. Sie sieht in der Sozialdemokratischen Partei ihre alleinige politische Interessenvertretung. Darum wird auch jeder überzeugte Arbeitersportler bei der kommenden Reichstagswahl am 6. November nur der Liste der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Die Arbeitersportler haben es nicht nötig, auf die schmutzigen Anwürfe der Nationalisten zu antworten. Wer für Deutschland blutete und in fremder Erde begraben liegt, zeigen in fast allen Heimen der Arbeitersportler die Gedenktafeln aus dem Weltkrieg.

Wir behaupten, daß die gesamte Hitlersche Notverordnungarmee nicht so viel Frontkämpfer in ihren Reihen zählt, wie die Arbeitersportler Gefallene des Weltkrieges zu betrauern haben.

Trotz der ungezählten Heberfüße auf unsere Mitglieder und Sportheime lehnen wir es ab, uns mit diesen „Erneuerern Deutschlands“ und „aufbauwilligen Kräften“ in Straßenprügeleien und Schießereien einzulassen. Mögen sie uns das als Schwäche deuten. Was schiert das uns?! Wir machen ihnen trotzdem die Pläne zunichte, aus unseren Sportplätzen und Vereinsheimen Exerzierplätze und Kasernen zu machen. Diese Republik ist bestimmt nicht das, was sich die Arbeitersportler wünschen, am allerwenigsten unter der Regierung der Barone, die auf dem Rücken der Hakenkreuzler in die Regierungsjessel kletterten. Die Arbeitersportler werden mit der „Eisernen Front“ gegen die Helfer der Barone vorstoßen, um sie zurückzudrängen. Dann aber den Kampf gegen die Baronsregierung aufnehmen, um ihr zu zeigen, daß auch ihre Macht an der Geschlossenheit der „Eisernen Front“ zerbrechen wird. Alle Arbeitersportler kämpfen daher am 6. November mit dem Stimmzettel für die Sozialdemokratie!

## 68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

## 722 064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD. abgegeben. Der

## „Vorwärts“

ist die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin und das Zentralorgan der

## 7 953 986 Männer und Frauen

die im Reiche für die SPD. gestimmt haben. Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal und kostet bei freier Zustellung einschließlich

## „Volk und Zeit“

der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck, 75 Pf. pro Woche.

# Für Recht und Freiheit!

Sozialdemokratische Massenkundgebung in der „Neuen Welt“

In einer überfüllten Wahlkundgebung der Berliner Sozialdemokratie sprachen gestern die Genossen Friedrich Stampfer und Erich Schmidt im großen Saale der „Neuen Welt“. Sie richteten einen mitreißenden Appell an die Berliner Arbeiterschaft, am 6. November und darüber hinaus in den kommenden Kämpfen ihre Pflicht zu tun.

Der Vorsitzende Genosse Harnisch gab in seinen einleitenden Worten dem Bedauern Ausdruck, daß der als Redner gleichfalls vorgelehene Genosse Schevenels, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch andere dringende Verpflichtungen verhindert sei. Er gab weiterhin bekannt, daß die Vorführungen der Spieltruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Reichsbanners auf polizeiliches Geheiß hin unterbleiben mußten. (Lebhafte Protestrufe.)

Lebhaft begrüßt nahm sodann

## Friedrich Stampfer

das Wort. Er sagte: Dieses Vorspiel eines polizeilichen Verbotes ist gut und nützlich. Als in der Vorkriegszeit in diesem Saale unser französischer Genosse Jaurès sprach, wurde ihm auferlegt, sich der ihm ungewohnten deutschen Sprache zu bedienen. Ein idiotisches Polizeisystem hatte ihm den Gebrauch seiner Muttersprache verboten. Heute, bei dem „grundständigsten“ Kurs, kommen uns solche Erinnerungen. Aber wir wissen, daß eine

große weltanschauliche Bewegung nicht durch kleinliche Polizeihinhalten aufgehalten

werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Stärker vielleicht als die Darbietungen wirkt dieses Verbot. Den Beamten aber sagen wir, daß wir alles daran setzen werden, um sie möglichst bald von der Pflicht zu befreien, einer solchen Regierung gehorchen zu müssen!

Wenn wir jetzt wieder wählen, so wählen wir nicht mit Freude, aber wir tun es. Wir kennen

keine Müdigkeit, wir sind entschlossen, den Feind zu schlagen, der nach wie vor nicht links, sondern rechts steht. (Beifall.) Wir bekämpfen die Baronsregierung und ihre Helfer! Herr von Papen schneide nach dem Motto: „ein Mann wie ich, was macht sich der daraus“, Mißtrauensvoten ebenso wenig beachten zu wollen wie Sprüche des obersten deutschen Gerichts. So weit sind wir gekommen. Aber durch wen? Nicht durch die Sozialdemokraten, wie übereinstimmend Kommunisten und Nationalsozialisten behaupten. Die Reaktion konnte groß werden, einmal durch die Torheit von Millionen Deutscher, die dem Wundbeutel Hitler folgten, und dann durch den Bruderkrieg im Proletariat, der eine Folge der Hirnverbranntheit der Kommunisten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Im November 1918 wurde der Jahrhundertlangen Baronsregierung ein Ende gemacht. Heute schreiben die Nationalsozialisten auf ihren Plakaten, daß

die Barone damals in die Mauelfelder gestochen

fielen. Das hat am 10. November 1918 im „Vorwärts“ gestanden! Wie aber kamen sie aus den Mauelfeldern wieder heraus? Durch Adolf Hitler, durch die Nationalsozialisten! Als sie merkten, daß Hitler gegen liberale, demokratische und marxistische Anschauungen kämpfte, da kamen sie wieder, weil ihnen die Sonne Hitlers mißde und warm schien. (Beifall.) Die Nationalsozialisten waren Werkzeug für die Barone, waren „der breite Rücken, auf dem sie in die Amtlichkeit stiegen“, wie Goebbels sagt. Ueberhaupt: Goebbels! Er erinnert an Werner Schölem, den früheren Kommunistenführer. Aber gegen Goebbels war Schölem ein bescheidener junger Mann. (Heitere Zustimmung.)

Stampfer behandelte dann die kommunistische Politik, die praktisch immer gegen die Interessen des Proletariats gerichtet war. Mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen standen sie in einer Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Unter stürmischem Beifall sagte Stampfer:

erklären. Das würde — bei der Sprunghaftigkeit neudeutscher Auslegungskunst — sehr leicht bei allen auf Arbeitslosen-, Wohlfahrts- und Krisenunterstützung angewiesenen Familienernährern einreisen. Deshalb hat der „Vorwärts“ rechtzeitig darauf hingewiesen, daß hier die Möglichkeit der Wiederaufwärmung der Entrechtung aller auf „Armenunterstützung“ Angewiesenen besteht, die in der Kaiserzeit als etwas Selbstverständliches galt.

Die rechtzeitigen und deutlichen Hinweise des „Vorwärts“ auf solche Möglichkeiten und Absichten haben nun die „zuständige Stelle“ veranlaßt, einseitig abzuwehren: An so etwas habe man überhaupt nicht gedacht!

Das wird jetzt — man beachte! — vor der Wahl gesagt. Es bleibt jedem überlassen, der Regierung der Barone so viel zu glauben, wie er es für gut hält. Wir aber sind der Meinung, daß die Ankündigungen, Auslegungen und Ausreden nur immer in den schlimmsten Kon-

sequenzen angenommen werden dürfen. Einer Präzidentregierung, die mit den Rechten Preußens spielt wie die gegenwärtige, ist auch noch mehr zuzutrauen. Die Antwort auf die Entrechtungspläne der Barone muß am 6. November gegeben werden. Jede Stimme, die der Sozialdemokratie gewonnen wird, wird dem gleichen Recht gewonnen! Jede aber, die sich ins Lager der Feinde der Demokratie verliert, macht sich zum Helfer derjenigen, die das Klassenwahlrecht wieder einführen wollen. Darum werdet für die Liste 2 Sozialdemokraten!

Die Einheitsfront, von der die Kommunisten sprechen, kann erst nach Jahren kommen, wir aber brauchen die Einheitsfront des Proletariats, jetzt und heute. Ich erkläre hier vor aller Deutlichkeit, daß wir uns nach dem 6. November an die Kommunisten mit der Frage wenden werden:

Erklärt euch, was ihr tun wollt, um die wahre Einheitsfront zum Schutze der sozialen und politischen Erwerbungen des Proletariats und zur Wiedereroberung verlorener Positionen zu schaffen und kämpfend zum Ziel des Sozialismus vorzumarschieren!

## Erich Schmidt

wandte sich mit hinreißenden Worten an die Jugend im nationalsozialistischen und kommunistischen Lager. „Jugend ist radikal und rebellisch.“ Was wäre das für eine Jugend, die nicht radikal und rebellisch wäre? Wo aber sind die Reaktionen? Goebbels hat zur Preußenwahl die Parole ausgegeben, Preußen wählt preußisch, Preußen muß wieder preußisch werden. Goebbels hat Papen jubelnd begrüßt. In Wahrheit sind die Nationalsozialisten schwerste Reaktionäre. Ohne die Nationalsozialisten hätten die Reaktionäre längst abgewirtschaftet. Gerade wir Jungen müssen den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht vorbereiten und fördern! Wir müssen uns an die unaufgeklärten Proletarier im Lager der Nationalsozialisten und Kommunisten wenden. Wir können nur fliegen mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Wir freuen uns nicht über die Fehler der kommunistischen Parteileitung, wir leben in ihnen eine Schwächung der Klassenkräfte des Proletariats. Wir wollen eine starke einigere Klassenfront der Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Kapitalismus. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Harnisch schloß die Kundgebung nachdem die Arbeiterjugend das Kampflied der Wiener Arbeiter gesungen hatte, mit einem letzten starken Appell für den 6. November.

## Das Klassenrecht

### Die Pläne des Barons Gayl

Gayl will das Wahlrecht ändern. Er hat angekündigt, daß er das Wahlalter heraufsetzen und gleichzeitig ein Mehrstimmenrecht einführen möchte. Jedem „selbständigen Familienernährer“ (und jedem Kriegsteilnehmer) soll eine Zusatzstimme gegeben werden.

Das heißt mit bürren Worten, die Ungleichheit des Wahlrechts wieder einführen, die vor dem Kriege — und während des Krieges! — in zahlreichen Bundesstaaten Deutschlands bestand. Wer die Tücken des amtlichen Deutsch kennt, wird dem „Vorwärts“ darin zustimmen, daß hinter dem Sammelbegriff „selbständiger“ Familienernährer sich die Absicht versteckt, die nicht „selbständigen“ Ernährer von der Bevorzugung auszuschließen, sie also minderen Rechts zu

## Goebbels-Schwindel zerplatzt!

### Josef predigt Wohlverhalten gegen feine Leute

Die nationalsozialistische Propaganda hat sich ein arbeiterfreundliches Rätelchen umgenommen, seitdem am 13. August die Barone Hitler als Reichskanzler abgelehnt haben. Der Hauptschreiber Goebbels hat seitdem gegen die „feinen Leute“ gegetert. Der Wahltermin rückt näher, und damit die Zeit, wo sich die Nationalsozialisten wieder mit den Herren Baronen und den Scharfmachern vertragen werden. Nach der Wahl werden die Hitler und Goebbels Arm in Arm mit den „feinen Leuten“ marschieren. Schon jetzt fangen sie mit den Vorbereitungen dafür an!

Goebbels, der Reichspropagandaleiter der NSDAP, hat eine „streng vertrauliche Information Nr. 5“ erlassen, in der es heißt:

„Unsere Propaganda in Versammlungen und in der Presse darf sich nicht gegen den Adel als solchen richten, sondern ausschließlich gegen den falschen Adel, der sich nur auf Namen und Besitz beruft, ohne irgendeine Leistung aufzuweisen zu können. Die Spitze unseres Kampfes richtet sich nicht gegen einen Stand, sondern gegen den falschen Standesdünkel und Raffengeist. Die NSDAP ist die schärfste Gegnerin des Klassenkampfgedankens. Sie bekämpft aber gerade aus diesem Grunde den Standesdünkel und Raffengeist, denn dieser ist es gewesen, der erst den marxistischen Klassenkampf hervorgerufen hat.“

Wir kämpfen auch nicht gegen den Arbeitgeber als solchen, sondern nur

gegen den Unternehmer, der seine Machtstellung zu unsozialen Maßnahmen mißbraucht. Wir dürfen niemals in den marxistischen Fehler verfallen, Unternehmer gleich Unternehmer zu sehen. Unser Kampf gilt allein dem unsozialen Arbeitgeber.“

Beides zusammen gibt in Wirklichkeit den Kampf für die deutsche Volksgemeinschaft. Wenn wir das deutsche Volk in einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zusammenschweißen wollen, dann müssen wir den Standesdünkel und Raffengeist der Vorkriegsgeneration genau so beseitigen, wie den marxistischen Klassenkampfgedanken.“

Die braune Garde wird heute schon wieder ins Unternehmertum kommandiert! Hitler bemüht sich wieder um Industriegelder, und Goebbels muß in streng vertraulichen Informationen Wohlverhalten der Nazis gegen die feinen Leute befehlen!

Der Schwindel der Nationalsozialisten zerplatzt nach vor der Wahl!

sequenzen angenommen werden dürfen. Einer Präzidentregierung, die mit den Rechten Preußens spielt wie die gegenwärtige, ist auch noch mehr zuzutrauen. Die Antwort auf die Entrechtungspläne der Barone muß am 6. November gegeben werden. Jede Stimme, die der Sozialdemokratie gewonnen wird, wird dem gleichen Recht gewonnen! Jede aber, die sich ins Lager der Feinde der Demokratie verliert, macht sich zum Helfer derjenigen, die das Klassenwahlrecht wieder einführen wollen. Darum werdet für die Liste 2 Sozialdemokraten!

## Trendelenburg ernannt

Genf, 31. Oktober.

Generalsekretär Drummond hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am Montag den Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt. Die Ernennung bedarf noch der formalen Zustimmung des Völkerbundesrates, die auf der am 14. November beginnenden außerordentlichen Ratstagung erfolgen wird.

Der neue Untergeneralsekretär wird, wie verlautet, seinen Posten bereits in nächster Zeit antreten. Nach dem Beschluß der Völkerbundesversammlung ist dem deutschen Untergeneralsekretär die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes übertragen worden.

Der bisherige Untergeneralsekretär Dufour-Feronce verläßt in diesen Tagen Genf, um seinen Posten als deutscher Gesandter in Belgien anzutreten. Beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war Deutschland nur die Leitung der Abteilung für die geistige Zusammenarbeit übertragen worden.

Gelehrte Chinesen. In der chinesischen Provinz Kiangsu drangen Bauern in die Stadt Yangschou ein, wo sie die Finanzämter anzündeten und mehrere Beamte töteten, weil die Steuern erhöht wurden.

Die Staatspräsidentenwahl in Chile brachte dem früheren Präsidenten Arturo Alessandri Steger 70 Proz. aller gültigen Stimmen. Von dem Gegenkandidaten Oberst Grove, der aus dem Exil zurückgekehrt ist, werden neue Unruhen befürchtet.

Am Dienstag, dem 1. November, von den bekannten Stellen aus:

## Allgemeine Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden, Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich daran. Der Bezirksvorstand.

# Die Nazis erpressen!

Futterkrippenpolitik mit Erpressungsmanövern

Eigener Bericht des „Vormärts“

Hamburg, 31. Oktober.

Ein ungeheurerlicher Erpressungs-skandal der Hamburger NSDAP wird durch eine amtliche Erklärung des Hamburger Senats bekannt. Die Leitung der Nazibürgerchaftsfraktion hat unter überlister Erpressungsmethode an den Senat das Anstinnen gestellt, für einen ihrer Pgs., den Studienrat Dr. Schönwaldt, der die letzten Jahre bereits bei allen Parteien sein Heil versuchte und als Postenjäger bekannt ist, einen neuen Direktorposten zu schaffen.

Um ihrem Verlangen „Nachdruck“ zu verleihen, hat die Leitung der Nazifraktion nach dem Muster dunkler Revolverblätter dem Senat das Angebot gemacht, über angebliche Mißstände in der Wohlfahrtsbehörde zu schweigen, wenn Schönwaldt Direktor würde.

Der Senat teilt über diesen in der Parteigeschichte einzig dastehenden Fall folgende Einzelheiten amtlich mit:

„Unter dem 3. Oktober dieses Jahres hat der Führer der nationalsozialistischen Bürgerchaftsfraktion, der Abgeordnete von Altwörden, an den Präses der Wohlfahrtsbehörde ein Schreiben gerichtet, in dem er die Einrichtung einer Wirtschaftsabteilung bei der Wohlfahrtsbehörde fordert, die unter Leitung eines Direktors mit der Aufsicht über die Wirtschaftsgebarung der Behörde beauftragt werden sollte und zu deren Obliegenheiten lerner der Einkauf, die Lagerverwaltung und die Buchführung gehören würde. In dem Schreiben wurde gebeten, diesen Vorschlag als „Sofortjache“ zu behandeln. Von dem Präsidenten der Wohlfahrtsbehörde ist darauf erwidert worden, daß die entscheidende Bearbeitung der Angelegenheit dem zurzeit beurlaubten Herrn Präses der Behörde überlassen bleiben müßte, daß aber die vorbereitende Prüfung dieses Vorschlages bereits in die Wege geleitet sei. Unter dem 18. Oktober hat dann der Geschäftsführer der nationalsozialistischen Bürgerchaftsfraktion, der Abgeordnete Ahrens, an den Präses der Wohlfahrtsbehörde in der gleichen Angelegenheit ein Schreiben gerichtet, in dem es zum Schluß heißt: „Wir erhalten fast täglich von allen möglichen Seiten Nachrichten über ähnliche Mißstände, wie wir Ihnen bereits einige bekanntgaben und können unmöglich zu diesen Dingen länger schweigen, es sei denn, daß wir in Zukunft unser Schweigen damit begründen könnten, daß durch das neue Wirtschaftsdezernat die Mißstände behoben und in Zukunft auf ein Minimum herabgesetzt werden.“

Bei den angeblichen Mißständen, auf die die Wohlfahrtsbehörde hingewiesen worden sein soll, handelt es sich lediglich um Andeutungen des nationalsozialistischen Bürgerchaftsmitgliedes Dr. Schönwaldt, die er trotz wiederholter Aufforderung nicht näher präzisiert hat. Auf den Einwand der Behörde, daß Dr. Schönwaldt als Behördenmitglied verpflichtet sei die ihm zugehenden Beschwerden der Behörde zu übermitteln, damit diese ihrerseits eine Nachprüfung vornehme, ist der Behörde erklärt worden, daß man sich von solcher Nachprüfung nichts verspreche. Der Abgeordnete Ahrens hat dann einem Mitgliede des Senats die nationalsozialistische Forderung überbracht, daß die Leitung der Wirtschaftsabteilung der Wohlfahrtsbehörde das nationalsozialistische Behördenmitglied Dr. Schönwaldt erhalten solle.

Der Senat beabsichtigt nicht, auf dieses Angebot einzugehen, da er den vorgeschlagenen Herrn für solchen Posten für ungeeignet hält. Um aber eine Nachprüfung des angeblichen Materials zu erreichen, und eine Klärung der Vorwürfe gegen die Wohlfahrtsbehörde herbeizuführen, hat der Senat bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Unbekannt beantragt.

In diesem Verfahren werden die oben genannten nationalsozialistischen Herren Gelegenheit haben, über die Angelegenheiten auszusagen über die sie sich bisher auch auf Aufforderung hin nicht näher geäußert haben. Von nationalsozialistischer Seite ist nur die Veröffentlichung von angeblichem Material gegen die Wohlfahrtsbehörde angekündigt da der Senat die Bestellung des Dr. Schönwaldt zum Dezernenten der Wohlfahrtsbehörde abgelehnt hat.

Diese Mitteilungen des Hamburger Senats enthalten ein Maß von Korruption und Futterkrippenwirtschaft, das einzig dastehet und die Methoden der Nationalsozialistischen Partei und ihrer Führung charakterisiert.

## Hugenberg-Triumphator Goebbels unterlegen

Der Streit der Harzburger Brüder ist vom Gericht zugunsten des „Angriff“ entschieden worden. Die einstweilige Verfügung, die von der 19. Kammer des Landgerichts I erlassen wurde und den vom „Angriff“ und Josef Goebbels den Parteimitgliedern anbefohlenen Boykott der Scherl-Presse unter Gefahr einer Bußzahlung in Höhe von 300 000 Mark verboten habe, ist von der Kammer gestern bestätigt worden. Die Verhandlung selbst gestaltete sich äußerst

ergötzlich. Die Nazianwälte ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihren ehemaligen Harzburger Bundesgenossen einige Freundlichkeiten zu sagen. So erklärten sie z. B., daß von einem Boykott überhaupt keine Rede sein könne. Goebbels Aufruf habe nur der Aufrüttelung der Parteimitglieder dienen sollen. Im übrigen habe ja Hugenberg in seiner Abwehrbrochüre „Wir und die Nazis“ behauptet, die Scherl-Presse habe trotz des Goebbelschen Aufrufs noch an Absatz zugenommen. Dem Hugenbergschen Anwalt Dr. Donner entlockte das letzte Argument des Prozeßgegners das amüsante Geständnis, daß diese Hugenbergsche Behauptung in der Höhe des Besuchs aufgestellt worden sei; die Meinungen seien im Hause Scherl geteilt gewesen; die wirklich Bescheid wußten, seien der Ansicht gewesen, daß der Straßenverkauf stark zurückgegangen sei; dieses Zugucken hätte aber bedeutet, dem Gegner in die Hand zu arbeiten.

Einer gewissen Pikanterie entbehrte nicht der Dialog zwischen Vorsitzenden und dem Nazianwalt in puncto unfauler Wettbewerb. Der Aufruf hatte nämlich versprochen, den „Angriff“ so aufzubauen, daß er der Scherl-Presse gleichwertig würde. Der Nazianwalt meinte dazu, daß die Ausgestaltung des „Angriffs“ seit lange beschlossene Sache gewesen sei, da eine große Anzahl von Zuschreibern aus intellektuellen Kreisen die Unzufriedenheit mit dem „Angriff“ zum Ausdruck brachte. Der Vorsitzende erwiderte darauf, daß er aus dem „Angriff“, der ihm vorliege, nicht ersehe, daß die Ausgestaltung, die die intellektuellen Kreise verlangen, bereits erfolgt sei; er etwa der „Nacht-Angriff“ durch andersgearteten Inhalt diesem Bedürfnis Rechnung trage. Die Ironie, die in diesen Worten lag, schien der Nazianwalt nicht verstanden zu haben.

## Röhms Kamerad

Herr Graf Dumoulin-Eckart

Eigener Bericht des „Vormärts“

Wien, 31. Oktober.

Der Münchener Unterofiz Graf Dumoulin-Eckart hat sich selbst enthüllt. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte, als Dumoulin-Eckart von Hitler nach Wien geschickt wurde, behauptet, Dumoulin-Eckart sei in München als der widerlichste Kerl im ganzen Braunen Hause bekannt. Er habe mit seinen leblichen Freunden nicht nur die Lage seiner angestregten Führertätigkeit, sondern auch die Mächte in Gesellschaft von männlichen Prostituierten in homosexuellen Bordellen verbracht. Er sei der Spießhaken des Braunen Hauses und werde allgemein „der schwule Graf“ genannt. Es hieß weiter, dem Mann, der die Wärme liebt, sei der Münchener Boden zu heiß geworden.

Dumoulin-Eckart hatte in sitzlicher Entrüstung sofort die „Arbeiter-Zeitung“ verklagt. Ehe es zur Verhandlung kam, hat er am Montag, als die „Arbeiter-Zeitung“ erklärte, sie werde den Wahrheitsbeweis für alle Anschuldigungen erbringen, die Klage bedingungslos zurückgezogen. Er hat damit gestanden, daß die Mitteilungen der „Arbeiter-Zeitung“ über ihn zutreffen.

# Bilanz des Herrenflubs

Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht...  
Papens Regierungserklärung

## Die Regierung

gibt	nimmt
Dem Grundbesitz (landwirtschaftlich, hauptsächlich dem Großgrundbesitz) durch Zinssubvention . . . . . ca. 350	Von den Arbeitslosen durch Kürzung der Arbeitslosen-, Arisen- und Wohlfahrtsunterstützung . . . . . ca. 470
Der Schwerindustrie durch Senkung der Aufbringungsumlage . . . . . ca. 100	Von den Rentnerempfängern durch Kürzung der Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und bestimmter Kriegsrenten . . . ca. 230
Herrn Jisk Aktien abgekauft für . . . . . ca. 100	Von den Arbeitern, Angestellten und Beamten durch Erhebung der Beschäftigtensteuer an Stelle der Kräfsteuer . . ca. 200
Den Treibstoffproduzenten durch Steuererlaß . . . . . ca. 17	Von den Kleinrentnerbetrieblenden durch Heranziehung zur Umsatzsteuer . . . . . ca. 120
Den landwirtschaftlichen Spritbrennereien durch den Beimischungszwang . . . . . ca. 55	Von den breiten Massen durch Einführung der Salzsteuer . . . . . ca. 60
Den Schiffahrtsgesellschaften an Abwrackprämien . . . . . ca. 12	durch Erhöhung des Heringszolls . . . . . ca. 30
Dem Hausbesitz durch Subvention, siehe Reparaturen . . . . . ca. 50	ca. 110
Allen bestehenden Schülern durch Ausgabe der Steuergutscheine . . . . . ca. 1500	Und weitere Hunderte von Millionen durch die Agrarpolitik und durch den notverordneten Lohnabbau.
Den Unternehmern an Subventionen durch Lohnprämien . . . . . ca. 700	
Entschuldung der landwirtschaftlichen Genossenschaften . . . . . ca. 300	
	ca. 3214

Fort mit den Wohltätern für die Reichen!  
Wählt sozialdemokratisch! Wählt die Liste



# Baronswirtschaft



„— und als Betriebsstoff nehmen wir Illusionsöl.“

## Sensation

Um Thomas Manns Bekenntnis

Das deutsche Bürgertum befindet sich in tiefem geistigen Verfall. Das wird so recht klar, wenn man liest, in welcher bequemer Weise sich die bürgerliche Presse mit dem Uebergang des marfanteren Dichters der deutschen Bürgerlichkeit zum Sozialismus abfindet. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B., die im allgemeinen Distanz gegen die vulgären Heftblätter der Rechten wahr, möchte das Ereignis als den Coup eines Sensationsluststerns abtun, als ob Thomas Mann ein Treibstoff-Lincoln oder Hanussen wäre! Sie schreibt:

„Thomas Manns Bekenntnis zum Sozialismus — das ist die neueste Sensation des ja vor allem als Schilder der Klüßel der Patrierztums berühmt Gewordenen und Nobelpreisgekrönten. Da er seit längerem nichts Dichterisches mehr herausgebracht hat, müssen Vorträge, Interviews und Resolutionen für die Auffrischung seiner Popularität sorgen, und das geschieht denn auch in gewissen Abständen mit großer Regelmäßigkeit.“

Es ist recht lehrreich, wie das „nationale“ Deutschland die Fähigkeiten seiner besten Köpfe herunterreißt, die das Ausland der höchsten Auszeichnung, des Nobelpreises, für würdig hält. Siehe auch den Fall Einstein! Wenn ein deutscher Dichter am Bürgertum restlos verzweifelt, was ist das schon? — Sensationsmacher! Mit etwas platter Demagogie kann man ihm aufmuhnen, daß Thomas Mann vor Jahren, als er noch auf den Geist des Bürgertums hoffnung und Glauben setzte, anders geschrieben hat. Ja, die „Deutsche Tageszeitung“ erinnert sich richtig. In einer Festrede auf die Stadt Lübeck hat Thomas Mann einmal gesagt:

„Viel zu eng ist diese Lebensform verbunden mit der Idee der Menschlichkeit, der Humanität und aller menschlichen Bildung selbst, um in irgendeiner Menschenwelt je fremd und entbehrlich sein zu können.“

Rur vergißt die „Deutsche Tageszeitung“ eins: Diese Ideen der Menschlichkeit und der Humanität hat das verhärtete Bürgertum in

zwischen restlos abgeschworen, es schämt sich, jemals ihr Träger gewesen zu sein! Thomas Mann hat seinen Schritt zur Arbeiterschaft vollzogen, weil die von ihm mit Recht für unentbehrlich gehaltenen Ideen der Humanität im Sozialismus ihr neues Asyl gefunden haben.

## Ein Schurkenstreich

Kommunisten denunzieren

Eigener Bericht des „Vormärts“

Mainz, 31. Oktober.

Seit einigen Wochen wirkte in Mainz im Sinne der Behren Trozkis ein Bulgare namens Paul Kunoroff, der ein abenteuerliches und opferreiches Leben hinter sich hat. 18 Monate Gefängnis wegen „Auffregung“ gegen die bulgarische Staatsicherheit mußte Kunoroff nach dem Kommunistaufstand vom September 1923 verbüßen, weil er dem kommunistischen Zentralkomitee angehörte. Trozkis schloß die kommunistische Partei Kunoroff aus, weil er im Sinne Trozkis diesen gescheiterten Putsch im Zentralkomitee als „abenteuerlich“ bezeichnet hatte.

Wegen angeblicher Teilnahme an dem Dynamitattentat in der Kathedrale in Sofia wurde Kunoroff im Sommer 1925 angeklagt. Er entfloh, und seit 1925 lebte er unter den denkbar ärmlichsten Verhältnissen zuerst in Oesterreich, dann in Frankreich und schließlich in Deutschland. Ein Auslieferungsbegehren der bulgarischen Regierung an Oesterreich wurde im Jahre 1926 von dem großdeutschen Justizminister Dinghofer mit der Begründung abgelehnt, daß selbst im Falle seiner Schuld angesichts seines revolutionären Vorlebens ein politisches Motiv anzunehmen sei und die Verfassung das Asylrecht gewährt. Schließlich doch aus Oesterreich vertrieben, wandte Kunoroff sich nach Frankreich, das ihn wegen einer Rede gegen den Krieg auswies.

Polyzeilich nicht angemeldet wohnte Kunoroff dann mehr als ein Jahr in Frankfurt a. M. und Mainz unter dem falschen Namen Paul Fischer. Er störte hier die Kreise der kommunistischen Partei durch eine sehr emsige schriftstellerische, organisatorische und rednerische Arbeit. Nun haben sie sich dieses Mannes auf eine Weise entledigt, deren Gemeinheit nicht zu überbieten ist. Ein großer Artikel der Frankfurter kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ beschäftigte sich vor einigen Tagen mit diesem Gegner der KPD. In der zweipaltigen Ueberschrift „Kunoroff alias Paul Fischer“ denunzierte sie ihn der Polizei. Im Stil eines Schulaufsatzes wurde ausgeführt, daß es drei Sorten von Agenten des Klassenfeindes gebe, nämlich Nazis, Sozialdemokraten und Trozkisten vom Schloße Kunoroff, der sich seit 4 Jahren in Frankfurt und Mainz „herumtreibe“. Die kommunistische Partei, die den Trozkisten oft Einheitsfront mit Sebering vorwarf, hat mit ihrer Denunziation ihr Ziel erreicht! Hausdurchsuchungen in Mainz und Frankfurt folgten; Kunoroff mußte wieder ins Ausland flüchten.

Diese Niedertracht der Kommunisten gegen einen Revolutionär, dessen politische Arbeit wir für zwecklos und schädlich halten, aber an dessen Gesinnungsreinheit auch die Kommunisten nichts auszusagen wagen, hat ihnen, weil Kunoroff sehr bekannt und auch von politischen Gegnern hochgeachtet wird, hier ungeheuer geschadet. Die menschliche Schädigkeit der kommunistischen Bezirksleitung, die diese Aktion von langer Hand vorbereitet hat, „Material“ zu sammeln versuchte, aber keines finden konnte, hat allen kommunistischen Arbeitern, die sich ein unbefangenes Urteil bilden dürfen, die Augen geöffnet über die Erbärmlichkeit der Leute, die sich Bezirksleitung der Kommunisten für Hessen-Frankfurt nennen.

Die Verfolgung und Mißhandlung lernbegieriger Wiener Studenten durch „aufbauwillige Elemente“ hat auch Ausländer betroffen. Das Eingreifen der Gesandtschaften von USA, Polen und Rumänien hat den Bundeskanzler und den Rektor Buße tun lassen. Jetzt wird eine Zieltwache von 40 Mann aufgestellt, die Brüggeleien verhindern und Brüggehelden feststellen soll.

# Schützt die sozialen Errungenschaften!

**Holt das Verlorengegangene wieder! Kämpft mit uns für den Sieg des Sozialismus!**

Die kommunistische Presse hatte den Bericht über die neuesten Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit einem Artikel begleitet, in dem der Satz vorkam: „Das Ende der sozialen Reformen bedeutet den **gesteigerten Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.**“ Zu gleicher Zeit aber wurde die Parole ausgegeben, den „**Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie**“ zu führen.

Bisher hatten die kommunistischen Parteiführer den Arbeitern immer einzureden versucht, es gäbe gar keine **sozialen Errungenschaften**. Jetzt aber rufen sie zu ihrer Verteidigung auf, zur Verteidigung der gleichen Errungenschaften, die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrzehntelangem opferreichem Kampfe erobert haben.

Wenn es nach den Kommunisten gegangen wäre, so ständen die deutschen Arbeiter den Angriffen der Reaktion ohne jeden sozialen Schutz gegenüber. Die kommunistische Führung hat nämlich alles getan, um das Zustandekommen der sozialen Errungenschaften zu verhindern. Hier ist der dokumentarische Beweis dafür.

## Die Kommunisten gegen die Arbeitslosenversicherung

Vor dem Kriege gab es in Deutschland keine öffentliche Unterstützung der Arbeiter im Falle der Erwerbslosigkeit. Nur die **Gewerkschaften** haben ihren arbeitslos gewordenen Mitgliedern Beistand geleistet. Eine der ersten Taten der **sozialdemokratischen Volksbeauftragten** war die Arbeitslosenfürsorge. Dieses System ist im Jahre 1927 durch das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung abgelöst worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihnen ihre Zustimmung gegeben, obwohl es nicht alle Forderungen der Arbeiterschaft erfüllte. Die kommunistische Fraktion dagegen ließ in der Schlussabstimmung vom 7. Juli 1927 durch den Abgeordneten **Kädel** wörtlich erklären:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie **grundsätzlich gegen dieses Gesetz** ist . . . Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein **Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik** ist, ab.“

Die Kommunisten haben also die Arbeitslosenversicherung nicht etwa deswegen abgelehnt, weil sie zu wenig brachte, sondern weil sie „grundsätzlich“ gegen das Gesetz waren.

## Die Kommunisten gegen die Krisenfürsorge

Die gleiche ablehnende Stellung hat die kommunistische Reichstagsfraktion eingenommen, als es sich darum handelte, den in der Versicherung ausgesetzten Erwerbslosen den weiteren Bezug von Unterstützungen zu sichern. In der Reichstagsitzung vom 13. November 1926 erklärte **Frau Arendsee** ausdrücklich: Wir werden **gegen die Krisenfürsorge** stimmen und die Erwerbslosen zum Kampfe aufrufen.“ Und am 11. Juli 1928 hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete **Kädel** ausgerufen:

„Ja, noch im Wahlkampfe brüstete sich die Sozialdemokratie damit, daß sie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eine wesentliche sozialpolitische Errungenschaft erobert habe.“

In der gleichen Sitzung bezeichnete Herr Kädel die Krisenfürsorge „als das Resultat der sozial-reaktionären Bürgerblockpolitik“, an der die Sozialdemokratie mitgeholfen habe. Wie froh wären die Erwerbslosen, wenn sie heute die gleichen Unterstützungen beziehen würden, wie in den Jahren, als die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf Erhaltung und Erweiterung der sozialen Leistungen ausüben konnte!“

## Ist das revolutionärer Klassenkampf?

Nein, das ist eine Hirnverbranntheit, die den Klassenkampf des arbeitenden Volkes aufs schwerste schädigt!

## Beendet den Bruderkampf!

**Für die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für Demokratie und Sozialismus mit**

# Liste 2 Sozialdemokraten

## Die Kommunisten gegen den Kündigungsschutz

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion hat der Reichstag im Sommer 1926 einen **Kündigungsschutz für ältere Angestellte** geschaffen. Bis dahin hatten die Unternehmer mit Vorliebe zuerst die älteren Angestellten auf die Straße geworfen. Durch die Verlängerung der Kündigungsfrist bis zu sechs Monaten wurde den älteren Angestellten eine, wenn auch beschränkte Sicherung gegen die sofortige Vernichtung ihrer Existenz geboten. An dem Widerstand der bürgerlichen Parteien ist damals eine weitere Ausdehnung dieses Schutzes gescheitert. Was tat die kommunistische Fraktion? In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1926 erklärte der Abgeordnete **Torgler**:

„Wir werden **selbstverständlich gegen diesen lächerlichen Regierungsentwurf** stimmen. Wir werden aber auch gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmen, weiter . . . lediglich ein Palliativmittelchen ist.“

Die vielen Tausende von älteren Angestellten, die seitdem gemerkt haben, was der Kündigungsschutz für sie bedeutete, werden es sicher nicht vergessen, daß die Kommunisten dagegen gestimmt haben.

## Die Kommunisten gegen das Arbeitsgerichtsgesetz

Die Neuregelung des Arbeitsgerichtswesens, die im Jahre 1926 durchgeführt worden ist, hat eine wesentliche Verbesserung bei der Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht gebracht. Vor der Schlussabstimmung am 11. Dezember 1926 erklärte der kommunistische Abgeordnete **Berth**:

„Wenn man sich nicht an den äußerlichen Klang des Wortes „Arbeitsgericht“ hält, sondern sich mehr um das innere Wesen der ganzen Materie kümmert, muß man zu der Überzeugung kommen, daß dieses Gesetz keine Reform, am **allerwenigsten eine soziale Reform** darstellt. . . Man wird sehen, daß im Arbeitsrechtswesen kein anderer Zustand herbeigeführt wird, ja, er wird noch schlechter durch dieses Gesetz und deshalb auch unsere **ablehnende Stellung.**“

Inzwischen hat „man“, nämlich die Arbeiterschaft gesehen, daß das Arbeitsgerichtsgesetz trotz mancher Mängel im einzelnen doch einen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen darstellt, also eine soziale Errungenschaft ist, zu deren Verteidigung jetzt auch die kommunistische Parteileitung aufruft.

## Gegen kapitalistische Reaktion

So hat die kommunistische Reichstagsfraktion auch die Erweiterung des Schutzes für **Schwangere** und **Wöchnerinnen**, die Ausdehnung der **Anfallversicherung**, wie überhaupt jede Erhöhung der sozialen Leistungen abgelehnt. Sie ist auch stets gegen das **Tarifrecht** aufgetreten. Nur in einem Falle machte sie eine Ausnahme. Am 23. Juli 1926 stimmten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten für das **Reichsknappschaftsgesetz**. Diese vernünftige Haltung trug der kommunistischen Fraktion aber eine scharfe Rüge erst durch ihre Presse und dann durch die Leitung ihrer Partei ein.

Wir brauchen diesen Tatsachen nicht mehr viel hinzuzufügen. Sie zeigen, daß alle sozialen Errungenschaften das Werk der Sozialdemokratie sind. Die kommunistische Partei hat ihre Schaffung zu verhindern gesucht, sie leistet der Reaktion bei ihren Angriffen auf die Sozialgesetzgebung Vorschub, wenn sie dazu auffordert, den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu richten.

Jetzt lassen die Kommunisten in Berlin Plakate gegen die Regierung **Hermann Müller** anschlagen, als ob diese immer noch im Amte wäre und als ob es keine **Regierung der Barone** gäbe!

# Vormarsch auf dem Lande

### Wo bleiben die Nazis?

Seit einigen Wochen hat auch auf dem Lande die Wahlagitatio wieder in verstärktem Maße eingeseht.

Die ländliche Ruhe ist gestört, Plakate fordern „Entscheidet euch!“, und auf einmal gibt es auch in Dustersdorf und Zuckelhausen Parteien und widerstreitende Meinungen.

### Unermüdlicher Kampfesieher

Unsere Genossen auf dem Lande, die in diesem Wahljahre wie wir alle bereits ein gehöriges Quantum Arbeitsleistung hinter sich haben, sind trotzdem wieder mit unermüdlichem Kampfesieher für die Partei tätig. Diese Funktionäre auf vorgeschobenem Posten, Pioniere auf schwierigem Gelände, sind mit einem Mut und einer Tapferkeit bei der Sache, die wahrhaft bewundernswürdig sind. Sie haben sich meist noch mit Widerständen auseinanderzusetzen, mit denen wir in der Stadt vor etwa dreißig Jahren noch zu tun hatten. Da hat der Mutige, der unerschrocken für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei eintritt, damit zu rechnen, mit kleinlichen Schikanen und Intrigen bekämpft zu werden. Er muß dauernd befürchten, seine Arbeitsstelle zu verlieren. Ja, wie die Erfahrungen dieses Jahres mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben, er hat mitunter alle Veranlassung, für den Schutz seines Lebens Sorge zu tragen.

Daß sich unsere Genossen auf dem Lande trotzdem nicht entmutigen lassen, verdient unsere größte Anerkennung. Die ländliche Werbearbeit ist heute so wichtig geworden, daß wir

ohne die Unterstützung der Genossen draußen unter den größten, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten für uns Boden gewinnen könnten. Für die Parteireferenten sind die dörflichen Vertrauensleute die unerlässlichste Hilfe. Von ihnen erfährt er lokale Einzelheiten, die er zur Auseinandersetzung mit dem Gegner braucht. Ohne ihre Vorarbeit wird der beste Redner, und sei er auch die größte Kanone, wirkungslos verpuffen. Der folgende Brief eines Parteireferenten gibt ein gutes Bild von der schwierigen und mühevollen Arbeit auf dem Lande.

### Ein Referent schreibt:

„Gestern abend hatten wir eine Versammlung in E. Wir sind vier Mann hoch auf Kädern hingefahren. Die drei Genossen, die mit mir waren, sind schon seit Jahr und Tag arbeitslos. Sie haben selbst im Sommer und zur Erntezeit ab und zu einmal ein paar Tage Arbeit gehabt. Die Bauern hier sind alle nur kleine Besitzer, die ihre Arbeit selbst machen, und die Gutsbesitzer sind Nazis und stellen nur SA-Leute ein. Auf diese Weise wird allerdings mancher Nazi, der es im Innern gar nicht ist. Bei den Bauern vollzieht sich eine bemerkenswerte Wandlung in ihrer Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten. Viele sind von den Nazis enttäuscht, manche erwarten von den Autarkiebestrebungen der Regierung Papiere eine Besserung ihrer Lage, aber viele beginnen doch zu begreifen, daß es ihnen schließlich nur besser gehen kann, wenn der Arbeiter in der

Lage ist, ihre Produkte zu kaufen. Die psychologische Situation ist günstig für uns, es kommt jetzt darauf an, sie richtig auszunutzen. Wir hatten eine gut besuchte Versammlung. An der Theke haben wir noch bis Mitternacht zusammengestanden, das ist dann ja erst die eigentliche Diszussion. Und hier, im Gespräch von Mann zu Mann, haben wir noch manchen für uns gewonnen. Heimwärts mußten wir zwei Stunden laufen, da es in Strömen regnete und der Weg völlig aufgeweicht war. Ein paar Stunden wieder weitergefahren. Es ist eine Anstrengung — aber man sieht den Erfolg. Es geht vorwärts!“

In den größeren Städten gebärden sich die Nationalsozialisten ja ziemlich hoffnungsvoll, aber auf dem Lande, und das kann man auch schon in kleineren Städten beobachten, sieht es doch wesentlich anders aus. Bei den letzten Wahlkämpfen haben die Nazis das ländliche Land förmlich mit Flugblättern und Plakaten überschwemmt, in kleinen Städten hatten sie mitunter jeden zweiten Tag eine Versammlung oder sonst einen Klamauk. Diesmal ist es merkwürdig still geworden bei den Braunhemden. Und das liegt nicht nur daran, daß die Geldgeber zurückhaltender geworden sind, auch die Stimmung der Wählermassen ist umgeschlagen. Der Klamauk wirkt nicht mehr. Der Kagenjammer beginnt.

Die Zeit ist mit uns. Wirke jeder auf seinem Plage: Stadt und Land gemeinsam für den Sozialismus — so werden wir allen Widerständen trotzen!

nimmt jetzt an, daß das Flugzeug nach Eintritt der Rotorpanne über dem Kanal zum Gleitflug ansetzte und wohl den Versuch machte, die englische Küste wieder zu erreichen. Dabei ist die D 2017 aber wahrscheinlich in der Dunkelheit und bei dem zu jener Zeit im Kanal herrschenden Sturm nach Nordwesten abgetrieben worden und hat infolgedessen das reitende Land verfehlt.

Der Flugzeugführer Wilhelm Cuno stand im 32. Lebensjahr und war ein gebürtiger Danziger. Im Dienst der Luftwaffe hat er insgesamt 302 000 Kilometer zurückgelegt, davon mehr als 120 000 Kilometer im Nachtflug. Auf der Nachtpoststrecke Köln—London war er seit länger als zwei Jahren tätig. Sein Begleiter, der Funkermechaniker Berner Drebes, stammt aus Berlin, stand im 31. Lebensjahre und war in Köln verheiratet.

## Brand in Stettin

### Zwei Tote, vier Schwerverletzte

Wie der Berliner Feuerwehr aus Stettin berichtet wird, wütete gestern in den Jüllshower Anstalten in Warlow bei Stettin ein Großfeuer, das für die Löschmannschaften der Stettiner Wehr von furchtbaren Folgen war.

Nachdem der Brand eingedämmt war, stürzte ein Teil des Gebäudes tragend zusammen. Sechs Feuerwehrleute, Branddirektor Senfel, Oberbrandingenieur Kösenet, die Brandmeister Machel und Meier sowie die Oberfeuerwehrlaute Voh und Waser wurden unter den glühenden Trümmern begraben. Nur mit Mühe konnten die Verunglückten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit werden. Brandmeister Machel, dem ein Bein abgequetscht wurde, und Oberbrandingenieur Kösenet sind inzwischen ihren furchtbaren Verletzungen erlegen. Leider ist zu befürchten, daß die Brandkatastrophe noch ein drittes Todesopfer fordern wird, denn dem Branddirektor Senfel mußte ein Bein amputiert werden. Außerdem hat Senfel schwere Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitten.

## „Blinder Passagier“ befannt

### Flucht wegen Mietschulden

Das Geheimnis um den seltsamen Reisenden, der vor einigen Tagen in dem D-Zug 45 Wiesbaden—Berlin anscheinend bewußtlos aufgefunden wurde, konnte jetzt endlich aufgeklärt werden. Eine ganze Woche war es dem Mann gelungen, seine Personalien vor der Polizei geheim zu halten. Die Vermutung, daß es sich um einen Simulanten handelt, hat sich nun als richtig herausgestellt. Wie der Berliner Polizei gestern abend aus Wiesbaden mitgeteilt wurde, ist der „Mann im D-Zug“ ein 35 Jahre alter Schlosser Richard Bauer, der lange Zeit in Wiesbaden möbliert wohnte. Da B. ohne Verdienst war, hatte er bei seiner Wirtin beträchtliche Mietschulden. In den Abendstunden des 17. Oktober entfernte er sich heimlich aus der Wohnung und einige Tage später trat er die Fahrt nach Berlin an. Vermutlich hat er eine Bahnsteigkarte benutzt oder für eine kurze Strecke eine Fahrkarte gelöst. Den größten Teil legte er dann als „blinder Passagier“ zurück.

## Todessturz auf dem Neubau!

Auf dem Neubau in der Schneewittchenstraße 30 in Köpenick ereignete sich ein tödlicher Unfall. Beim Ueberschreiten einer Laufplanke verlor der 55 Jahre alte Zimmermann Friz Hausknecht aus der Niederbarnimer Straße 11 in Berlin den Halt und stürzte kopfüber in die Tiefe. Der Arbeiter erlitt einen Halswirbelbruch, an dessen Folgen er im Köpenicker Krankenhaus einige Zeit nach seiner Aufnahme gestorben ist.

## Spur am Kilometerstein

### Zufall, Angst oder was sonst?

Kilometersteine mit der Aufschrift 23,9 gibt es viele in Deutschland, aber nur einen, bei und um den es „spukt“. Leider ist er für die Berliner Motoristen nicht greifbar. Im Gegenteil, er ist ziemlich weit von uns entfernt, liegt an der Chaussee zwischen Bremen und Wesermünde und hat sich durch sein offenkundig feindliches Verhalten den wilden, mit Furcht gepaarten Jörn aller Motoristen jener Gegend zugezogen.

Rund fünfzig teils leichte, teils schwere Autounfälle haben sich, wie früher berichtet wurde, an diesem Stein 23,9 zugezogen. Das wäre nun in der Tat mehr als auffällig, aber es hat sich herausgestellt, daß sich diese 50 Autounfälle auf einen Raum von 7 Kilometer um jenen ominösen Stein verteilen. In der Nacht zum letzten Sonntag hat sich wieder bei dem unheimlichen Stein ein Autounfall zugetragen. Ein aus Richtung Wesermünde kommender mit 6 Personen besetzter Kraftwagen eines Geestemünder Fischhändlers fuhr bei Kilometerstein 24,6, also in der Gefahrenzone des berühmten Kilometersteins 23,9, gegen einen Baum. Das Auto wurde schwer beschädigt, zwei Insassen wurden leicht verletzt. Der verunglückte Wagen mußte abgeschleppt werden. Der Unfall ereignete sich auf schlüpfriger Straße 400 Meter vor der Kreuzung der Landstraße Hagen—Stubben und ist besonders bemerkenswert, weil das Auto aus Richtung Wesermünde und nicht wie sonst bei den über 50 Unfällen in jenem Bereich aus Richtung Bremen kam. Die Geschwindigkeit des Wa-

gens betrug auf der als Gefahrenzone bekannten Strecke nur 40 Stundenkilometer.

Was hat das alles zu bedeuten? Ein Berliner Hugenberg-Blatt hat sich mit dem merkwürdigen steinernen Feind der Automobilisten spaltenlang beschäftigt. Ein sogenannter Nutengänger aus Bismarck hat angeblich ein geheimnisvolles Metallkästchen konstruiert und bei dem ominösen Stein eingegraben. Sofort sollen alle Autounfälle hier aufgehört haben, um sich sogleich wieder einzustellen, nachdem das Kästchen entfernt war. Wahrscheinlich ist der Stein selber und seine Umgebung gar nicht so unheimlich, aber nachdem irgendeiner seine angebliche fatale Eigenschaft entdeckt hat, ist beim Vorbeifahren wahrscheinlich den meisten Fahrern so unheimlich geworden, daß sie entweder so zu schnell fahren oder vor Angst so unsicher wurden, daß etwas passieren mußte. Vielleicht geht es mit diesem spukhaften Kilometerstein wie bei jedem Spuk: wenn man ihn bei Tage besieht und sich über ihn gründlich ausspricht, bleibt nichts Geheimnisvolles mehr übrig.

## Der Beret-Vertrag

Die neue Magistratsvorlage, die das Pachtverhältnis der Stadt zur Beret auf einer neuen Grundlage regeln soll, wurde in einem Ausschuß eingehend behandelt. Bisher war die Pachtsumme, die von der Beret an die Stadt gezahlt

werden soll, auf 2,4 Millionen Mark jährlich festgelegt worden. Aber die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren hat in der Tat eine wesentlich geringere Pachtabgabe gebracht. Schon 1930 blieb die Beret hinter dem vereinbarten Betrage mit 750 000 Mark zurück, und im Etat für 1932 sind überhaupt nur noch 1,25 Millionen als Pachtsumme angesetzt worden. Der Oberbürgermeister empfiehlt nun, ein passenderes System der Pachtabgabe anzuwenden, und zwar von den monatlichen Kasseinzahlungen einen bestimmten Prozentsatz zu erheben. Diese monatlichen Pachttraten sollen von der Beret immer erst nach drei Monaten abgelöst werden, damit ihr selbst die nötigen Mittel für ihre Betriebsführung bleiben. Der Ausschuß stimmte diesem Vorschlag grundsätzlich zu.

## Fliegertod im Kanal

### Nachforschungen ergebnislos

Es scheint leider Tatsache zu sein, daß die Befragung des vermissten Postflugzeuges D 2017 ein Opfer ihres Berufes geworden ist und den Tod in den Wellen des Kanals gefunden hat.

Alle Nachforschungen nach der Maschine sind bisher vergeblich gewesen, es sind auch keine Flugzeugtrümmer oder Postfäde von der Ladung gesichtet worden. Man hat noch festgestellt, daß der erste SOS-Ruf bei der englischen Funkstation in Croydon ganz klar ankam, während die späteren Hilferufe in der etwas flüchtigen Weise, wie sie gesunkt waren, für den Sachverständigen erkennen ließen, daß der sendende Funker offenbar in großer Erregung die Taste bediente. Man



# Juno-Raucher sind treu,

weil sie in dieser Cigarette stets ihre berechtigten Ansprüche auf Qualität, Frische und Format erfüllt sehen.

Das ist höher zu bewerten als Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Slickereien, die

# JUNO

ausschließen muß, um ihre anerkannte Güte zu wahren.

So besteht eine Verbundenheit des Rauchers mit seiner Juno!



KON LINON



# Gefundenuhr des Verkehrs

Eine neue Signallampe

Ueber das System der in Berlin üblichen Verkehrsampeln ist in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden. Insbesondere die Kraftfahrer haben es an Kritik nicht fehlen lassen. Aus dieser Kritik heraus ist eine neue Verkehrsampel entwickelt worden, die jetzt der Presse im Polizeiinstitut für Technik und Verkehr vorgeführt wurde.

Es handelt sich um eine Ampel, die man geradezu als einen Sekundenzeiger des Verkehrs bezeichnen kann. Sie besteht aus einem trapezförmigen Leichtmetallgehäuse, dessen Seiten durchsichtige Signalscheiben von 800 Millimeter Durchmesser tragen. Jede dieser Scheiben wurde so unterteilt, daß 12 Abschnitte entstanden, die am Rande abwechselnd durch helle und dunkle Streifen gekennzeichnet sind. Ein heller, nachts leuchtender Zeiger dreht sich vor dieser Scheibe innerhalb einer Minute einmal herum, d. h. jeder der erwähnten 12 Streifen entspricht dann einer Zeit von genau 5 Sekunden.

Bei den bisherigen Verkehrsampeln bedeutet bekanntlich rotes Licht „Halt“, grünes Licht „Freie Fahrt“ und Gelb ist das Ankündigungszeichen für einen Signalwechsel. Nun weiß man sehr oft bei gelbem Licht nicht, welches Verkehrszeichen folgen wird. Bei der neuen Ampel ist die Fläche jeder Signalscheibe so unterteilt, daß das waagrecht in der Mitte angeordnete gelbe Segment vor jedem Lichtwechsel ein Zwölftel des Scheibenhaltendes umfährt. Der Zeiger braucht also genau 5 Sekunden, um über gelb hinwegzukommen. Der Rest der Scheibe wird oben von rot und unten von grün eingenommen. Man kann nun ganz genau erkennen, wie lange noch das jeweilige Zeichen bestehen bleibt und wann der Wechsel eintritt. Die neue Sekundenuhr des Verkehrs wird von einem im Innern angeordneten Synchronmotor angetrieben. Sie ist nicht nur am Tage, sondern vor allem auch in der Dunkelheit ausgezeichnet zu erkennen und dürfte vielen Wünschen der Kraftfahrer entgegenkommen.

Stillest könnte man, falls sich die Ampel wirklich im Verkehr einwandfrei bewähren sollte, das gelbe Ankündigungszeichen überhaupt fortlassen, wodurch eine größere Beschleunigung für den Verkehr erzielt werden könnte. Interessant wäre es auch, über Anschaffungs- und Betriebs-

kosten der neuen Ampel im Verhältnis zu den bisher üblichen etwas Näheres zu erfahren. Die Ampel wird in der nächsten Zeit im Berliner Straßenverkehr einer eingehenden Erprobung unterzogen werden.

## Umsteigen ist unbequem

Es hat seinerzeit unter den Benutzern der Wanneseebahn großen Unwillen erregt, daß die Reichsbahndirektion die früher über die Wanneseebahn bis nach Potsdam gehenden Züge einzog, so daß alle Potsdamerfahrer in Wannsee umsteigen mußten. Jedoch war das eine Maßnahme, die in der Elektrifizierung der Strecke Erkner-Stadtbahn-Potsdam ihre Erklärung fand und nicht zu umgehen war. Um so unverständlicher ist eine Nachricht, die besagt, daß die Reichsbahndirektion Berlin auch nach der Elektrifizierung der Wanneseebahn keine direkten Züge bis Potsdam fahren lassen will, weil das Umsteigen in Wannsee auf dem gleichen Bahnsteig angeblich keine nennenswerten Unbequemlichkeiten für die Reisenden mit sich bringt. Jedes Umsteigen ist unbequem, das sollte die Reichsbahndirektion auch wissen, und wer später z. B. vom Südring über die Wanneseebahn nach Potsdam will, der muß zweimal, wer über Potsdam hinaus nach Wildpark und Werder will, muß sogar dreimal umsteigen. Der zuständige Herr Dezerent möge sich also sein Umsteigeobjekt, das ein Umständlichkeitsprojekt ist, erst einmal beschaffen, ehe er es in die Wirklichkeit umsetzt. Ein paar Züge, zwei oder drei in der Stunde, könnten sehr wohl über die Wanneseebahn nach Potsdam, ohne Umsteigen in Wannsee, geführt werden.

## In wenig Worten

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III hat gestern die Voruntersuchung gegen den Bankier Wilhelm Hinge wegen versuchten Mordes an seiner Ehefrau, der Kammerfängerin Gertrud Bindernagel, eröffnet.

Im objektiven Verfahren gegen das vom Prof. Kraus-Wien herausgegebene Werk „Japanisches Geschlechtsleben“ fällt das Gericht folgendes Urteil: Der erste Band darf nach Entfernung des Bilderanhangs verbreitet werden, der zweite Band mit den Zeichnungen ist einzustampfen. Gegen dieses Urteil wird Berufung eingelegt werden.

In München-Schwabing wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Zwei Angestellte des Wohlfahrtsamts wollten 43.000 M. von denen ein jeder in je einer Tasche 6500 M. trug, beim Wohlfahrtsamt abliefern. Als sie das Amt betreten wollten, sprangen zwei Burkschen aus einem Auto, das die Angestellten verfolgt hatte, schlugen die Beamten mit Gummiknüppeln nieder, raubten dem einen den Betrag von 6500 M. und entflohen im Kraftwagen, ohne erkannt zu werden. Dem anderen Angestellten war es gelungen, die Angreifer abzuschütteln.

Die Rechtsberatungsstelle des Gauvorsitzandes des Reichsbanners, Sebastianstraße 37/38, in der den Kameraden Rat und Hilfe in allen Rechtsfällen, die im Zusammenhang mit ihrer Reichsbannerbetätigung stehen, gewährt wird, ist Dienstags und Freitags von 16—17 Uhr mit einem rechtskundigen Kameraden besetzt. Kameraden, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, müssen die oben genannten Zeiten unbedingt einhalten.

## Erwerbslose!

Öffentl. Erwerbslosenkundgebung  
Donnerstag, den 3. November,  
15 Uhr, im großen Saal von Kilems  
Festsälen, Hasenheide. Thema:  
„Die Papenregierung und der Erwerbslose.“  
Referent: Dr. Theodor Haubach.  
Erscheint in Massen!

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Kühleres und tagsüber zeitweilig aufheiterndes Wetter, ohne nennenswerte Niederschläge. Mäßige nördliche Winde. — In Deutschland: Im Osten noch vielfach Niederschläge, im übrigen Deutschland allmähliche Wetterbesserung, überall recht kühl.

„Ein paar Worte über Bett-Couches.“ Die Bezeichnung „Bett-Couch“ hat heute eine derartige Ausdehnung angenommen und ist fast sprichwörtlich geworden für Posterggegenstände, die mit einem „Bett“ überhaupt nichts mehr zu tun haben. Die zwei vereinten Worte „Bett-Couch“ sollen, praktisch genommen, getrennte Begriffe darstellen, nämlich „Ruheloft“ und „Bett“. Die wahre „Bett-Couch“, die „Ruheloft“ und „Bett“ in höchster Vollendung in sich vereint, zeigt nur die älteste Spezialfirma Deutschlands „H. Jarkels Patent-Röbel-Fabrik“, Berlin SW. 68, Markgrafen- Ecke Kochstraße, die jedem Interessenten gern diesbezügliche Kataloge kostenlos zusendet.



Jugendliches Kleid aus gutem Wollstoff mit einer amüsanten, fescchen Krawatte in neuer Form. Schicke Machart. Die Knöpfe sind etwas ganz Neues. Die kleine Schultergarnierung unterstreicht die modisch-flotte Linie

nur 14<sup>75</sup>

Sehr fesch ist der Filzhut mit Biesen und einem schicken Füßschleifen

nur 12<sup>0</sup>

**GEHEN SIE**

nicht an diesem besonders günstigen Angebot vorbei!

Allerdings — Kleider, so entzückend, wie dieses, so modisch, so jugendlich machend, und so

sehr preiswert finden Sie bei uns in Hülle und Fülle.

Wenn Sie 'mal ein wirklich schönes Kleid haben wollen, zu einem wirklich niedrigen Preis — machen Sie sich auf

**ZU C&A BRENNINKMEYER**

Oranienstraße 40  
Chausseestraße 113  
Königstraße 33  
Wilmersdorfer Str. 108

Nachdruck von Wort und Bild verboten!  
Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Dienstag zur Verfügung

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name: .....

Wohnung: .....

## BEITRITTSERKLÄRUNG

An den

Bezirksverband Berlin der SPD

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

SEKRETARIAT: BERLIN SW 68,  
LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur  
Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands • Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich:

Eintrittsgeld..... 50 Pf.

Wochenbeiträge männl. 20 Pf.  
weibl. 10 Pf. .....

Summa..... Pf.

den..... 1932

Vor- und Zuname: .....

geboren am..... zu.....

Staatsangehörigkeit: .....

Beruf: .....

Bei welcher Gewerkschaft? .....

Wohnung: .....

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postcheckkonto: Berlin Nr. 14157, Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.

# Die Löhne von Müller bis Papen

Demokratie ist Brot — Diktatur ist Not

Die zweieinhalb Jahre seit dem Sturz der letzten parlamentarischen Regierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller sind für die werktätige Bevölkerung eine furchtbare Leidensperiode geworden: durch reaktionäre Wirtschaftspolitik verhängte Massenarbeitslosigkeit, fortgesetzter Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau, damit immer elendere Lebenslage der Massen und immer erneute Verschärfung der Krise.

Eine demokratische, vom Volksvertrauen getragene und soziale Regierung hätte also die Krise bekämpft und niemals einen so furchtbaren und verhängnisvollen Kurs gegen die Massen zugelassen.

Als auf den Schultern der Nazis die soziale Reaktion hochgekommen und die Kontrolle des Parlaments ausgeschaltet war, brach die antisoziale Sinnlosigkeit los. Die Entwicklung wird blühartig durch folgende Zahlen beleuchtet:

Beim Sturz der Hermann-Müller-Regierung im Frühjahr 1930, als die Wirtschaftskrise schon schwer auf Deutschland lastete, waren immerhin noch rund 17 Millionen Arbeitnehmer in Arbeit, heute sind es weniger als 13 Millionen. Im Jahre 1929 betrug das Arbeitseinkommen rund 43 Milliarden Mark, für das Jahr 1932 schätzt man es nur noch auf 27 Milliarden Mark. Im April 1930 betrug der durchschnittliche Stundenlohn eines Facharbeiters noch 1,03 M., bis zum August dieses Jahres wurde allein der Tariflohn für den männlichen Facharbeiter auf 81 Pf. herabgedrückt. Für die durchschnittliche Stundenlohn eines Facharbeiters durchschnittliche Tariflohn damals 65, heute 53 Pf.

Um mehr als 20 Proz. hat die Vera der Sozialreaktion die Tariflöhne herabgedrückt. Dazu kommt der stille Lohnabbau durch Herabsetzung der Akkordlöhne und durch Zulagenabbau, was weitere 10 Proz. Lohnabbau bedeutet. Dazu die in erster Reihe den Massen auferlegte Erhöhung der Verbrauchssteuern, Einführung der Bürgersteuer, der Krisenlohnsteuer.

Auch für die noch einigermaßen beschäftigten Arbeiter hat sich ein erschreckender Einkommensrückgang ergeben.

Auch dafür nur ein einziges Beispiel aus der Effektivlohnstatistik des Statistischen Reichsamtes: ein qualifizierter Facharbeiter in der Schuhindustrie erarbeitete vor zweieinhalb Jahren bei durchschnittlich 42stündiger Arbeitszeit einen Nettowochenlohn von etwa 45 Mark, heute erhält er bei 40stündiger Arbeitszeit nach allen Abzügen nur noch etwa 30 Mark netto ausgezahlt. Aber das Gros der angelernten und unangelernten männlichen Arbeiter und erst recht der weiblichen Arbeiterkräfte ist durch die soziale Reaktion, die sich nur dank der bewußten Hilfsstellung durch die Nazis und der unbewußten der Kommunisten so austoben konnte, noch viel tiefer in seinem Arbeitseinkommen herabgedrückt worden.

Heute geht fast die Hälfte der Arbeiterschaft mit Löhnen nach Hause, die weniger als 20 Mark wöchentlich betragen. Die folgende Lohnneinrentenstatistik der Invalidenversicherung spricht Bände. Es erreichten danach ein Lohnneinrenten pro Woche im

	1. Halbj. 1930	1. Halbj. 1932
mehr als 36 Mark	36	20
24 bis 36 Mark	17	19
bis 24 Mark	47	61

Im ersten Halbjahre 1930 hatten fast zwei Fünftel der versicherten Arbeiterschaft noch

Wochenlöhne, die über 36 Mark hinausgingen. Im ersten Halbjahre 1932 war es nur noch ein Fünftel, und heute sind es noch weniger. Zwei Drittel der Arbeitnehmer gehen heute mit Wochenverdiensten unter 24 Mark nach Hause. So sehr hat Demokratie noch Brot bedeutet; so sehr bedeutet die Ausschaltung der Demokratie Not.

Vor drei Jahren revoltierte die rheinisch-westfälische Eisenindustrie gegen den von dem damaligen Reichsarbeitsminister Wiffel verbindlich erklärten Schiedsspruch für Nord-West, indem sie 300 000 Arbeiter aussperrte und das ganze Ruhrgebiet lahmlegte. Die Regierung Hermann Müller machte damals diesen ersten Anschlag gegen das Tarifrecht dadurch zunichte, daß sie dem ausgesperrten Arbeiterheer die Arbeitslosenunterstützung zubilligte. Heute, nach der Vahmlegung der demokratischen Kontrolle, konnte eine Baronsregierung den Gewerkschaften durch eine Notverordnung die Friedenspflicht gegenüber den unerhörten neuen Lohnansprüchen der Papen-Notverordnung auferlegen.

Die kämpfende Arbeiterschaft weiß, wer ihr in der Nachkriegszeit bessere Arbeitsbedingungen und erträglichere Löhne erkämpft hat: die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Sie konnten es unter den Garantien der Demokratie und der parlamentarischen Kontrolle. Auf dem Rücken der Nazis, mit ihrer Hilfe, wurden diese Garantien unwirksam gemacht. Die Kommunisten haben die „sozialistischen Erzeugnisse“ bespöttelt und haben die, die sie aufgebaut und verteidigt haben, als „Sozialfaschisten“ bejezt. Sie haben sich mit-

schuld gemacht am Elend der Massen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben allein tagtäglich in dem der Arbeiterklasse von oben aufgezwungenen Klassenkampf in der vordersten Reihe gestanden. Sie werden Deutschland die Freiheit und den Massen mehr Brot und besseres Brot wiedererkämpfen. Wer Augen hat zum Sehen und Ohren zum Hören, der kämpft mit der Sozialdemokratie und gegen die politische und soziale Reaktion:

der Kampf und nicht für Lisse 2.

## Im heiligen Reich Da werden die Schornsteine rauchen

Unser „Fröhlicher Volkswirt“, der unsere Leser zuletzt mit Machiavellis Auffassung über die deutsche Autarkie bekannt gemacht hat, ist aus Italien wieder zurück und schreibt aus München folgenden Brief:

„Mein letzter italienischer Eindruck: eine wundervolle Zirkusvorstellung. Das Publikum hat jubelt. Der größte Erfolg fiel einem Künstler zu, der aus einem leeren Kasten an alle Anwesenden Geschenke verteilte. Die scheinbar kostbaren Sachen erwiesen sich dann als Seifenblasen und plätscherten zur allgemeinen Begeisterung des Publikums.“

Mein erster Eindruck in Deutsch-

land: die Rede des Reichskanzlers vor den Handwerksmeistern, der ich in einem Münchener Restaurant zuhörte. Die Rede hat mir ganz ausgefallen. Ich konnte bloß nicht recht verstehen, warum die Handwerksmeister, denen so viel versprochen wurde, an manchen Stellen merkwürdig unruhig wurden.

Ein Italiener, den ich unterwegs kennengelernt habe und der mit mir zusammen die Rede anhörte, amüsierte sich köstlich. Als es besonders stürmisch wurde und der Reichskanzler sozusagen zum Schweigen gebracht war, rief mein Italiener: „Jetzt fliegen gemäß saule Eier und Tomaten.“ Ich mußte meinen Freund belehren und ihn darauf aufmerksam machen, daß in Deutschland jetzt die Autarkie eingeführt wird. Wenn aber Deutschland seinen ganzen Bedarf aus eigener Kraft decken soll, darf man nicht solche wertvollen Gegenstände, wie saule Eier und Tomaten, auf die bei den Italienern übliche Weise verschwenden. Und die Deutschen sind diszipliniert genug, um das nicht zu machen.

Wirklich ärgerlich waren aber die Bemerkungen, die ein unsympathischer Mensch (sicher ein Marxist) machte: „Bissen Sie“, sagte er, „daß Herr von Papen seine nächste Rede bei den Schornsteinfegern halten wird? Und wissen Sie, was er sagen wird? Er wird versichern, daß die Reichsregierung dafür sorgen wird, daß alle Schornsteinfeger immer genug zu fegen haben werden. Schön werden die Schornsteine im heiligen Reich rauchen!“

Freiheit!

Euer fröhlicher Volkswirt.

Riesige Kohlenlager in Sibirien. Nach einer amtlichen Sonjettmeldung wurden in Ostsibirien im Buria-Nijuggebiet Kohlenvorkommen von 30 Milliarden Tonnen entdeckt, deren Ausbeutung in Angriff genommen werden soll.

## Beim Jahre

Der Bezirksausschuß des ADGB.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig im Jahre 1922 wurde beschlossen, Bezirksausschüsse zu errichten, deren Wirkungsbereich nicht mit den veralteten politischen Grenzen der Länder und Provinzen, sondern mit dem größeren Bereich der schon damals im Entwurf bestimmten (aber immer noch nicht durchgeführten) Bezirkswirtschaftsräte übereinstimmen sollten.

Als erster Bezirk schritt neben Düsseldorf die Gruppe Berlin-Brandenburg zur Durchführung der Leipziger Beschlüsse. Die umfangreichen organisatorischen Vorbereitungen wurden so stark gefördert, daß schon am 1. November 1922 die praktische Arbeit des neuen Bezirksausschusses für Berlin-Brandenburg beginnen konnte. Die Leitung übernahm Carl Ballmerhaus, der bis dahin in der Berliner Gewerkschaftskommission tätig war und heute noch Sekretär des Bezirkes ist. Die Entwicklung brachte es mit sich, daß die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen im Jahre 1928 dem Bezirksausschuß Berlin-Brandenburg angegliedert wurde.

Zwischen 1922 und heute liegen in schroffem Wechsel die Jahre der Inflation, des Aufstiegs, der politischen Reaktion und der Weltwirtschaftskrise, die den riesigen kapitalistischen Organismus immer mehr zerlegt und unterhöhlt und die Auswirkungen dieser Anarchie auf die breiten Massen des Volkes abzumwälzen bestrebt ist. Die Aufgaben der Gewerkschaften wurden immer größer und schwieriger; aber sie paßten ihre Wirkungsfelder mit bewundernswerter Zielsicherheit dem örtlich und beruflich stark verschiedenen und sprunghaft veränderten Gesicht des Arbeitsmarktes an.

Den Bezirksausschüssen ist die Zusammenfassung aller Ortsausschüsse zu einheitlichem Handeln zur Aufgabe gestellt. Dazu kommt die Pflicht, für die Ausbreitung und für die fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung an allen Orten des Bezirkes zu wirken. Neben der Wahrung und Förderung des Betriebsrätegedankens und der Einrichtung von allgemeinen Schulungskursen und Vortragsabenden ist die Beratung der Ortsausschüsse in allen gewerkschaftlichen Fragen und die Überwachung über Geschäftsführung in den Dienstkreis der Bezirksausschüsse eingeschlossen. In reger und guter Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der einzelnen Gewerkschaften werden die speziellen Interessen der Mitgliedergruppen gefördert.

In Laufende und aber Tausende von Einzelaktionen gliedert sich so die lebendige Verbindung zwischen der Organisation und dem einzelnen Mitglied. Die Protokolle aus zehn Jahren Kampf und Arbeit des Bezirksausschusses Berlin-Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen ist eine Fundgrube an wertvollem Material.

## Der Umweg

In unserer Abendausgabe vom 22. Oktober veröffentlichten wir eine Notiz über den Streik der Schaber bei der Firma Fröh Berner, Marienfelde. Einige der Schaber, durchweg „revolutionäre Unorganisierte“, Anhänger der KPD und ihrer Unterabteilungen für gewer-

## Hinter der Fassade der KPD.

Wie man Arbeiter ins Unglück reitet

In der „Roten Fahne“ vom Sonntag heißt es: „BVB-Arbeiter, stimmt für Streik! Die Sabotage der Gesamtverbandsbürokratie muß durchbrochen werden! Wählt einheitliche Kampfleitungen!“ Was steckt hinter dieser Fassade?

Vor etwa vierzehn Tagen lasen wir ähnliche Parolen in der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ anlässlich des Streiks der Hamburger Verkehrsarbeiter. In einem Bericht der KPD-Zellenleitung der Hamburger Hochbahn und Straßenbahn über diesen Streik heißt es jedoch wörtlich:

„Die ganze Nacht der reformistischen Bürokratie in den Betrieben stützte sich auf den fest hinter ihr stehenden Vertrauensmännerkörper.“

Wie bleiben auf dem toten Punkt stehen,

wenn es uns nicht gelingt, einen gleichen Vertrauensmännerkörper aufzubauen.“

Der angebliche Kampf der Hamburger KPD stand also von Anfang an auf einem toten Punkt. Weiter heißt es:

„Wir protestieren gegen den Bericht der „HVB“, in dem erklärt wird, daß die Gewerkschaften gegen den Streik seien. Dieser Bericht hat uns nur geschadet; denn er entsprach nicht den Tatsachen. Die Gesamtverbandsführer haben uns gesagt,

„Seht, wie die Kommunisten bewußt lügen und behen.“

Das Aufziehen einer besonderen Streikleitung

schaffliche Spaltung, überbrachten uns eine Berichtigung.

Danach habe der indirekte Lohnabbau nicht 10, sondern fast 50 bis 60 Pf. die Stunde betragen. Stimmt. Trotzdem haben die Schaber, weil in der größeren Mehrheit entweder „revolutionär“ oder unorganisiert, zunächst sich damit abgefunden.

Weiter sagten die Schaber, sie hätten ja verhandelt, indem sie an das Arbeitsgericht appellierten. Stimmt. Sie vergaßen nur hinzuzufügen, daß ihnen das Arbeitsgericht erwiderte: „Nachdem ihr zu den niedrigeren Löhnen gearbeitet habt, sind wir unzuständig. Wendet euch an den Verband.“

Da lag aber der Hase im Pfeffer. Der einzige der berechtigenden Schaber, der über eine gewisse Erfahrung zu verfügen schien, rühmte sich aus gegenüber geradezu, sein Verbandsbuch seinerzeit zerrissen zu haben. Kein Arbeitsgericht und keine KPD, können den Verband erlegen.

Dann rühmen die Berichtiger die Unorganisierten als die „teilweise aktivsten“. Da kann man nur mit den Achseln zucken.

Schließlich protestieren sie gegen die „Berleumdung“, weil mir gesagt haben, diese „Revolutionären“ arbeiteten jetzt mit Streikbrechern zusammen. Wer als Streikbrecher bezeichnet werden kann, liegt im Wort selbst: Wer während eines Streiks arbeitet, um den Streik zu brechen. Gibt es etwa solche Schaber bei Werner, Marienfelde, nicht?

## Vom Arbeitsdienst

Behandlung beim „Stahlhelm“.

24 junge Leute traten am 19. Oktober in das Arbeitslager der DNVB „Stahlhelm“ in Debran, Kreis Carlan, ein. Sie waren von 9 Uhr früh unterwegs und hatten nichts gegessen. Als sie abends ankamen, bekamen sie, in Zeitungspapier eingewickelt, Brot, Schmalz und Käse. Sie mußten sich mit ihrer Kleidung auf den Strohsack legen. Schlafdecken gab's nicht. Ein Tagesraum fehlt, so daß auch das Essen auf dem Strohsack verzehrt werden muß. Für 48 Mann sind drei Waschschüsseln da.

Nachdem schon drei Mann nach vier Tagen wieder fortgegangen waren, entschlossen sich elf Mann, am 25. Oktober das Lager zu verlassen. Damit soll gegen den freiwilligen Arbeitsdienst an sich nichts gesagt sein. Den arbeitslosen Jugendlichen, die auf unserer Seite stehen, muß jedoch geraten werden, bevor sie in ein ausgesprochen gegnerisches Arbeitslager gehen, sich bei ihren Funktionären zu erkundigen.

Sierzu 2 Beilagen

Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandemühl; Schriftföhrer: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Herbert Zepher; Soziales und Konkrete: Fröh Ruchardt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

## Mieter an die Front

„Volkswohl geht vor Eigennutz“

Der Bund Deutscher Mietervertreter E. B., Sitz Dresden, hat jetzt in einer Denkschrift zu den unhaltbaren Zuständen im Wohnungsweisen Stellung genommen.

Unter der Devise „Volkswohl geht vor Eigennutz“ weist die Denkschrift nach, daß das Anfurbelegungsprogramm der Reichsregierung mit der Auslassung der Wohnungswirtschaft eine bedenkliche Lücke aufweist. Gefordert wird für die Anfurbelegungspolitik Wohnungsbau und Siedlung auf weite Sicht, wobei nachdrücklich auf die Bedeutung der Hauszinssteuer hingewiesen wird, die als Ausgleich für die Inflationsgewinne des Hausbesitzes bei einer gerechteren Neuverteilung beizubehalten ist. Diese lebenswichtige Steuer droht durch die ständigen Konzessionen an den Feter und Word schreienden Hausbesitz gänzlich zu verschwinden. Der Bund wendet sich ferner gegen die Subventionen der Reichsregierung für Instandsetzung des Altbauhauses und weist nach, daß der Hausbesitz jährlich in der Miete 1 Milliarde für Instandsetzungs-kosten erhalte. Die Regierung müsse daher den Verwendungszwang für den Teil der Miete bestimmen, der seinem wirtschaftlichen Zweck nach nur für Instandsetzungsarbeiten vorgesehen ist.

Heute müssen noch Hunderttausende in elenden Häusern kampieren. Auch für die Massen der Mieter kann es nur heißen: Weg mit der Reaktion am 6. November.

SCHICKSAL MASCHINE

6) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

An dem großen, runden Tisch, der inmitten des Kaffeehaussaales stand, wurden sie von einer lärmenden Menge junger Menschen begrüßt.

mehr erzeugen. Wer soll das Geld zu dieser Erzeugung geben, wer soll die noch vergrößerte Menge an Gütern abnehmen?

„Sie nehmen Herrn Crusius zu wörtlich“, warf Weltlin leise ein. „Er ist ein genialer Erfinder, kein praktischer Mensch.“

„Du warst auch bei dem Vortrag dieses Idioten Crusius? Was sagst du zu diesem Stumpfsinn, Albert?“

„Ich bin im Falle Crusius nicht objektiv“, erwiderte der. „Er ist, wie du weißt, mit meinem Vater befreundet.“

„Dann bist du freilich bestochen, doch da dein Vater hier ist, wollen wir lieber von etwas anderem reden.“

„Aber durchaus nicht!“ sagte verbindlich lächelnd Weltlin. „Ich wäre untröstlich, wenn meine Anwesenheit störend wirkte.“

„Ja, glauben Sie denn, daß dieser Crusius wirklich ein großer Mann ist?“

„Nun, er hat immerhin schon einiges geleistet und sein Name wird in der ganzen Welt mit Achtung und Anerkennung genannt.“

„Sagen Sie: In der ganzen bürgerlichen Welt und dann haben Sie recht. Gut, er hat einige angeblich weltumfassende Erfindungen gemacht.“

„Nun, ich denke, daß diese Frage mehr theoretisch gestellt ist, denn der Segen dieser Erfindung kommt ja allen Menschen zugute.“

„Das ist eine sehr bourgeoise Einstellung, Herr Weltlin! Fragen Sie doch mal die Bergarbeiter Schlesiens, ob es ihnen nun besser geht?“

„Kommt es denn darauf an? Mit demselben Rechte könnten Sie fragen, ob die Relativitätstheorie...“

„Nur darauf kommt es an, Herr Weltlin! Nur darauf, ob irgendeine Sache den Entrechteten und den Sklaven zugute kommt!“

„Ist das nicht eine sehr, wie soll ich mich ausdrücken?, eine sehr jugendliche Auffassung?“

„Und ist die Ihre, Herr Weltlin, nicht eine sehr veraltete Ansicht?“

„Aber Vater! Aber Genosse!“, rief Albert und wollte vermitteln.

„Dein Vater soll, wenn er schon hier ist, ruhig hören, wie wir denken“, meinte der Langmahnige.

„Aber gewiß, gewiß! Genieren Sie sich nur nicht!“

„Ich finde also, daß dieser Herr Crusius sehr viel blühenden Unsinns verzapft hat. Haben Sie den Satz in Erinnerung, in dem der Herr ernstlich behauptete, daß das Unheil unserer Zeit nicht so sehr von der ungerichteten Verteilung der Güter komme, als von deren zu geringer Produktion?“

„Das Bedürfnis nach reiner Wäsche sollte insbesondere bei Ihnen groß sein!“ warf ein schmachtiger, blondener Mensch ein, der die ganze Zeit über schweigend dageharrt war.

Der Mahnige knurrte mißvergnügt, fuhr aber unbeirrt fort: „Wir alle hätten Bedürfnisse, können sie nicht befriedigen, und die erzeugten Güter sammeln sich an, finden keinen Abfah.“

Eine Mutter weint

Novembergedanken an den Krieg / Von Gottfried Kapp

Am Nachmittag des dritten Tages der Wanderung sah ich endlich am Rand der Hochebene ein Häuschen liegen, in weitem Bogen umgrenzt von einem tieferen Steinwall.

Die alte Frau schöppte eine Tasse voll von der frischen Milch aus dem Eimer, stellte sie auf den Tisch, nahm ein Messer und ein Brot und schnitt Stücke davon herunter; alles ohne ein Wort zu sagen, so daß es mir unheimlich zumute wurde.

Warum sprach sie nicht? Warum fragte sie nicht? Es war im dritten Kriegsjahr, und die wenigen Menschen, die hier oben einsam im Gebirge lebten, hatten, wenn ich bei ihnen Rast machte, sich überstürzt mit gierigen Fragen nach den Ereignissen in Rußland und Frankreich.

Spruchgedicht um 1340

Erde ist alles, was ich seh! Glas ist Erde, Holz ist Erde, Silber ist Erde.

Erde ist überall, wo ich geh! Heimat ist Erde, Vater ist Erde, Fremde ist Erde.

Erde wird alles, was ich hab! Glück wird Erde, Ehre wird Erde, Liebe wird Erde.

Erde wird aller Menschen Grab! Verfolgter wird Erde, Verfolger wird Erde, Alles wird erdengleich.

(Übersetzung von Walter Redauer.)

mann in ihren Besitz gelangen kann, daß...

Doch da wurde er von allen Seiten unterbrochen, es prasselten die Argumente gegen ihn, und Weltlin wurde sich traurig bewußt, daß er zu dieser Jugend nicht mehr sprechen könne.

„Der ärgste Unfinn aber war“ — so hörte Weltlin nun wieder die Stimme des Mahnigen, „daß die Maschine die Ketterin der Menschheit ist.“

Wohin wir leben, macht sie Menschen arbeitslos. Sehen Sie doch, Herr Weltlin, dieser Genosse war Arbeiter in einer Knopfabrik und wurde entlassen, weil eine Maschine seine Arbeit verrichtete.

„Also Maschinenstürmer?“ „Ich weiß, daß man diesen gottverfluchten Fortschritt nicht aufhalten kann — leider! Aber kein Mensch wird mich dazu bringen, das anzubeten, was ich verfluchen möchte!“

„Unser Unglück ist“, warf hier Albert ein, „daß der Fortschritt der Technik zu rasch geht. Wir können uns ihm nicht anpassen.“

„Zumindest müßte man geleglich für zehn Jahre alle weiteren Erfindungen verbieten!“ Weltlin lachte laut auf.

„Ja, lachen Sie nur! Wir wissen wohl, daß das nicht geht, aber das ist unser Malheur, daß wir alle ratlos vor diesem Chaos stehen, das die Maschine hervorgezogen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

während der karierte Rock ihr um die dünnen Beine schlug. Sie rastete eine Weile und sah sich um. Als sie das schon fern abwandernde Kind erblickte, ergriff sie schnell den hingesehten Eimer und kam aufs Haus zu.

Am Nachmittag, als ich wieder allein war, nahm ich das Briefpäckchen in die Hand. Der Brief des Hauptmanns lag unter den übrigen. Die alte Frau hatte ihn gelesen. Mir wurde es trostlos zumute. Beim fargen Nachtmahl saßen wir uns schweigend gegenüber.



Ich gebrauche jetzt die dritte Flasche Ihres bulgarischen Knoblauchsafts und muß feststellen, daß die Wirkung überraschend ist. Schon nach der ersten Flasche trat eine Besserung meines Leidens ein und ich kann heute wieder sehr gut schlafen.

Zinsser-Knoblauch-Saft ist appetitanterregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Säfte und leistet bei Arterienverkalkung, zu hohem Blutdruck, Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei Asthma, Rheumatismus und allen Stoffwechselstörungen gute Dienste.

Dr. Zinsser & Co. G.m. Leipzig 75. 65.000 Kartennummern über Zinsser-Knoblauchsaft (notariell beglaubigt).

- *Werkstätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!* -



Wer heute noch in Arbeit steht,  
übe **Solidarität**

## Gesamtverband

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe  
und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-,  
Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Not-  
fall-, Invaliden- und Todesfallunter-  
stützung, Rechtsschutz, Haftpflicht,  
Fach- und Berufsausbildungskurse

Wir zahlten 1931

über **12 Millionen** Mark  
an Gesamtunterstützungen

reiche helfend seine Hand,  
werde Mitglied

im **Gesamtverband!**

Bezirks- und Orts-  
verwaltung Berlin,  
N 24, Johannistr. 14-15

Telefon: D 1 Norden 8381

## Technische Angestellte und Beamte!

Architekten, Bauführer, Chemiker, In-  
genieure, Techniker, Kunstgewerbler  
finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch  
Rechtsschutz und Unterstützungen, Berufskranken-  
kasse usw. in der freien Gewerkschaft aller  
Techniker, dem

**Bund der technischen Angestellten und Beamten!**

Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7

## BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

## BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN A.-G., BERLIN

Zentrale: S 14, Märkisches Ufer 32  
Wallstraße 62, 65

Depositenkasse: SW 68, Lindenstr. 3



Im  
Einheitsverband  
der Eisenbahner  
Deutschlands  
sind 200 000 Eisenbahner,  
Arbeiter und Beamte,  
zusammengeschlossen, weil  
sie wissen, daß nur diese  
Organisation ihre Interessen  
wirksam vertreten kann.

Der Einheitsverband der Eisenbahner  
Deutschlands

führt zur Zeit einen erbitterten

## Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

eines jeden Eisenbahners und um die sozialen Einrich-  
tungen. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

# Einheitsorganisation der Eisenbahner